
Wirtschaftspolitik im Rückblick von Zeitzeugen

Rezension von: Jörg Mahlich, Robert Schediwy (Hrsg.), *Zeitzeugen und Gestalter der österreichischen Wirtschaftspolitik*, LIT-Verlag, Wien 2008, 246 Seiten, € 24,90.

Mehr als sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist auf die Generation von Politikern, die in der Periode des Wiederaufbaus die Entscheidungsverantwortung hatten, längst eine nächste Generation gefolgt, welche die Kriegs- und Nachkriegszeit noch im Kindes- und Jugendalter miterlebt hat, und auch diese Generation hat sich zum überwiegenden Teil aus der aktiven Politik zurückgezogen.

Die vorliegende Publikation dokumentiert eine Serie von Gesprächen mit Politikern bzw. Ökonomen der Jahrgänge 1922 bis 1942, die ihre jeweilige persönliche Sicht der Entwicklungen auf verschiedenen Gebieten wiedergeben, jeweils mit Blick auch auf Gegenwart und Zukunft. Von den zehn Interviewten gehört einer (Alois Mock) der Kategorie der „Nur-Politiker“ an, einer (Erich Streissler) jener der „Nur-Wissenschaftler“, während die übrigen acht (Maria Schaumayer, Johann Farnleitner, Otto Keimel, Herbert Krejci, Ferdinand Lacina, Hans Seidel, Josef Taus und Franz Vranitzky) in ihrer Laufbahn zwischen Funktionen in Politik, Wirtschaftsunternehmungen, Interessenvertretungen, Forschungsinstitutionen und Printmedien hin und her gewechselt haben. Insgesamt steht daher in den Interviews die Expertenperspektive im Vordergrund, allerdings deutlich geprägt durch die realen Erfahrungen von Problemen,

Erfolgen und auch Misserfolgen. Die Interviewer haben auch jeweils Fragen nach familiärem Hintergrund und Kindheitserinnerungen gestellt. Die folgende Besprechung konzentriert sich jedoch auf wirtschaftspolitische Themenstellungen wie Wiederaufbauphase, goldenes Zeitalter der österreichischen Wirtschaftsgeschichte und die anschließende Zeit der Wachstumsschwäche, die ordnungspolitische Diskussion, die Rolle der Sozialpartnerschaft, EU-Beitritt und Zukunft des vereinten Europa.

Im Kontrast zur üblichen heroisierenden Darstellung der Wiederaufbauphase steht die Charakterisierung durch Hans Seidel, der gleich nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in das Institut für Wirtschaftsforschung eingetreten war und nach der Auflösung des Ministeriums für Wirtschaftsplanung und Vermögenssicherung 1949 einige Jahre auch für die ERP-Kommission tätig war. Die Nachkriegsgeneration bewältigte die Aufgabe des Wiederaufbaus dadurch, dass „die Menschen die Trümmer fort (räumten) und *business as usual* begannen“ (S. 160). In dieser Sicht liegt das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit, das Österreich ab Mitte der Fünfzigerjahre zwei Jahrzehnte hohen Wirtschaftswachstums und anhaltender Prosperität brachte, primär darin, wie der Wiederaufbau mit seiner Dynamik quasi zum Selbstläufer werden konnte. Mit seiner Westorientierung war Österreich Teil der prosperierenden westeuropäischen Wirtschaft, sodass man hier eigentlich nach dem spezifischen Beitrag der Wirtschaftspolitik in Österreich fragen muss. Österreich hat zweifellos einen eigenständigen Weg gefunden, der freilich nie so klar als wirtschaftspolitisches Konzept gefasst wurde wie etwa die Soziale

Marktwirtschaft in Deutschland oder das skandinavische Wohlfahrtsstaatsmodell.

Die Soziale Marktwirtschaft (vom geistigen Urheber dieses Konzepts, dem bundesdeutschen Ökonomen Alfred Müller-Armack, immer mit großem S geschrieben) ist, wie der frühere ÖVP-Abgeordnete und Wirtschaftsbundfunktionär Otto Keimel (Jahrgang 1928) formuliert, „aus Deutschland hereingekommen ... für Österreich umgewandelt, nach dem Ende des Krieges mit der berühmten Sozialpartnerschaft verbunden (worden)“ (S. 42). Die österreichische Variante der sozialen Marktwirtschaft hat sich von Anfang an in wesentlichen Punkten von der deutschen unterschieden. Zum einen konnte schon auf Grund der Kleinheit des Landes in Österreich die Rolle von Markt und Wettbewerb nicht die gleiche sein wie in der Bundesrepublik Deutschland, wo Außenhandel und Devisenverkehr viel früher liberalisiert wurden. Mit der Auflösung des Planungsministeriums 1949 wurde die ordnungspolitische Entscheidung zwischen Plan und Markt auch in Österreich zu Gunsten des Marktes getroffen, gleichzeitig dabei aber „umgepolt in den Gegensatz Privatwirtschaft versus Gemeinwirtschaft“ (Seidel, S. 162), indem der SPÖ in der damaligen großen Koalition die Kontrolle über eine starke verstaatlichte Industrie zugestanden wurde. Der unter deutschen Professoren immer vorherrschende Anti-Keynesianismus war, wie aus mehreren Interviews hervorgeht, auch für die österreichischen Universitäten charakteristisch. Für die wirtschaftspolitische Diskussion war dies allerdings ziemlich irrelevant, da die in der Wirtschaftspolitik einflussreichen Experten (die später oft selbst politische Ämter annahmen) Keynesianer waren.

Das gilt nicht nur für die sozialdemokratischen Ökonomen, sondern auch für Hans Seidel, den theoretischen Vordenker des Instituts für Wirtschaftsforschung, schon lange, bevor er 1973 selbst die Institutsleitung übernahm, und auch für Reinhard Kamitz, den Finanzminister der Regierung Julius Raabs und Schöpfer des Raab-Kamitz-Kurses, des Markennamens für die ÖVP-Version der sozialen Marktwirtschaft, der als (schon vorher illegales) NSDAP-Mitglied nach der Okkupation Österreichs 1938 an der Umsetzung der expansiven Wirtschaftspolitik mitwirkte. Der beträchtliche Einfluss Kamitz' schon als Universitätslehrer (bis 1945) wird aus mehreren Interviews deutlich, seine Entwicklung vom „NS-Keynesianismus“ zum „geschätzten Finanzminister Julius Raabs“ bzw. der Industriellenvereinigung ist, wie Streissler bemerkt (S. 189), nicht als widersprüchlich zu sehen. Explizit als Keynesianer bekennt sich Josef Taus, gleichzeitig „Anhänger der Marktwirtschaft und des Unternehmertums – es ist aber alles anders und viel differenzierter, als das einfache Lehrbuchweisheiten und Ideologen proklamieren“ (S. 210). Erich Streisslers – bei aller Vorsicht seiner Formulierungen – eindeutige Abgrenzung von Hayeks wirtschaftspolitischen Positionen (S. 189ff) ist ein weiteres Beispiel für den Unterschied der österreichischen von der deutschen Diskussion über die Wirtschaftsordnung.

Herbert Krejci weist darauf hin, dass Kamitz als Finanzminister „immer für die Bedürfnisse von Waldbrunner, der ja Minister für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe war, Geld bereitgestellt hat. Für große Infrastrukturprojekte wie Straßenbau usw. Insofern war Kamitz nie ein sturer Liberaler, sondern ein realistischer Pragmatiker, der auch

gesagt hat, dass in einer Koalition solche Staatsaufgaben entsprechend dotiert sein müssen“ (S.81). Als Staatssekretär unter Bundeskanzler Klaus hat Josef Taus detaillierte Konzepte entworfen für die Restrukturierung der verstaatlichten Industrie zur Entwicklung „starker Konzerne mit Headquarterfunktion“ (S. 214). Der dezidierte Schwenk der Politik zur Privatisierung setzte erst mit der Vöest-Krise 1985 ein, noch längere Zeit im Konsens der seit 1987 wieder gebildeten großen Koalition. Für den damals als Minister zuständigen Ferdinand Lacina bestand das Hauptproblem bei der Verstaatlichten darin, dass die Kontrolle über das Management unzureichend, der Staat „in Wirklichkeit kein Eigentümer war“. Die Ideologie der Gemeinwirtschaft habe daher „insbesondere in den Industrieunternehmungen relativ wenig verloren“ (S. 106). Franz Vranitzky sieht in der Privatisierung eine Konsequenz der gescheiterten Versuche, eine tragfähige Organisationsform für die verstaatlichte Industrie zu finden, „die Bundesregierung nach dem Jahr 2000 war im Industriesektor nur mit dem Abarbeiten der Restbestände befasst“ (S. 237).

Ein weiteres durchgängiges Thema der Interviews ist die Sozialpartnerschaft. Dass diese ihre zentrale Rolle in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach der Preis- und Währungsstabilisierung 1953 behalten würde, war zunächst nicht ausgemacht. Finanzminister Kamitz kam zwar selbst aus der Wirtschaftskammer, wollte aber den Einfluss der Kammern und des ÖGB zurückdrängen, wofür er die Unterstützung der Industriellenvereinigung suchte, wie Krejci schildert (S. 72ff). Letztlich setzte sich im bürgerlichen Lager in dieser Frage Bundeskanzler Raab durch. In der 1957 eingesetzten

Paritätischen Kommission war die Industriellenvereinigung nicht vertreten, daher auch „kein Sozialpartner“, wie es Wirtschaftskammerpräsident Sallinger sehr direkt ausdrückte (S. 76), aber immerhin in die Sozialpartnerschaft „indirekt eingebunden durch personelle Funktionen, die die Mitglieder der Kammer gehabt haben“ (S. 77).

Kritisch vermerkt Farnleitner am Beispiel der Diskussion über die Wechselkurspolitik vor und nach 1980, dass die IV eine andere Linie als die Wirtschaftskammer verfolgte: Diese „machte die Kärnerarbeit, und die Industriellenvereinigung lieferte die intellektuellen, kritischen Schmankerln. Prof. Krejci ... war der Lautsprecher eines Systems, das nicht verhandeln gehen musste und nie Verantwortung tragen musste“ (S. 20).

Vor diesem historischen Hintergrund erscheint es nicht verwunderlich, dass die IV, ihre Chance erkennend, nach den Wahlen 1999 die Sozialpartnerschaft für abgewählt erklärte und der von der schwarz-blauen Koalition proklamierten „Wende“, die explizit gegen die Sozialpartnerschaft gerichtet war, ihre volle Rückendeckung gab. Diese Wende wird von Taus, der sich immer als „Konsenspolitiker“ bekannt hat, und von Krejci eindeutig kritisch gesehen – auch wenn nach Krejcis Ansicht die Arbeitnehmerorganisationen einiges versäumt hatten und die Sozialpartnerschaft angeschlagen war (S. 79). Keimel bringt seine Distanz zur neoliberalen Rhetorik darin zum Ausdruck, dass „Heilslehren wie diese kurzfristige Botschaft vom Shareholder Value ... eigentlich die ursprüngliche Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft (verderben)“ (S. 429). Als Großtat der Sozialpartner wird einhellig ihr gemeinsames Eintreten für einen Beitritt zur Europäischen Union seit den späten

Achtzigerjahren erwähnt, das maßgeblich zum eindeutigen Ausgang des Referendums 1994 beigetragen hat.

Es ist klar, dass in Gesprächen mit nicht mehr aktiven Politikern und Experten der Vergangenheit mehr Platz eingeräumt wird als der Zukunft. Bei den Aussagen der Interviewten über zukünftige Entwicklungen nimmt die Europäische Union einen zentralen Platz ein. Mit einiger Besorgnis wird die sinkende Zufriedenheit der Bevölkerung mit den europäischen politischen Institutionen angesprochen, mehrfach die mangelnde Würdigung der friedenserhaltenden Funktion der Europäischen Union kritisiert. Es ist allerdings in diesem Punkt zu bezweifeln, dass diese Funktion – mangels konkreter Gefährdungen – in Zukunft als Legitimationsgrundlage noch viel hergeben wird, wenn die mittleren und jüngeren Generationen den Krieg nicht mehr aus Erzählungen ihrer Eltern, sondern nur noch aus den Geschichtsbüchern kennen. Angesichts des Umstandes, dass tragfähige Ideen, mit denen dieses europäische Sinnvakuum gefüllt werden kann, nicht in Sicht sind, wird von den meisten Interviewpartnern auf die bisherige Erfolgsgeschichte der Union als Wirtschaftsgemeinschaft, zuletzt insbesondere als Währungsunion, hingewiesen, sowie auf die Notwendigkeit, sich bei der Entwicklung

zu einer politischen Union in Geduld zu üben. Überwiegend wird erwartet bzw. dazu geraten, bei zukünftigen Erweiterungsschritten behutsam vorzugehen – was die Mitgliedschaft der Türkei betrifft, herrscht überwiegend Skepsis.

Mit dieser auf einige wenige Themen beschränkten, querschnittartigen Zusammenschau der Interviews kann nur beispielhaft ein Eindruck vom Inhalt dieser Publikation vermittelt werden, der sich jeder zusammenfassenden Darstellung naturgemäß entzieht. Die Interviews bieten nicht nur für ökonomisch Interessierte viel Stoff, sondern auch für Leser, die sich mehr für die politischen Aspekte im engeren Sinn oder einfach für die Geschichte der Zweiten Republik interessieren. Geboten werden nicht nur politische Lebenserfahrungen und Einschätzungen, sondern auch viele wenig bekannte Fakten und manche anekdotische Begebenheiten.

Ganz am Rand sei noch vermerkt, dass „beim EU-Beitritt“ nicht „alle Lager mit Ausnahme der Freiheitlichen dafür“ waren, wie es in einer Frage auf Seite 120 heißt. Die Grünen sind als Partei, ungeachtet der gegenteiligen Haltung einiger Spitzenfunktionäre, in ihrer Kampagne zur Volksabstimmung vehement dagegen aufgetreten – auch wenn sie sich dessen heute wahrscheinlich nicht mehr gern erinnern.

Günther Chaloupek